

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Er

Im Zeichen der
Einheitsfrontaktion
für Wahl der Liste

31

Bezirk Sachsen
Wahles Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 26. Oktober 1932

Nummer 245



Im Sturm voran Antifaschisten wählen Kommunisten

Die Massenrebellion der Werttätigen gegen das grauenvolle Hungerelend wächst, Erwerbslose und Betriebsar-

beiter schmeiden millionenfach in praktischer Solidarität die Streikfront gegen Lohnraub und Anschläge der fasch-

istischen Kapitalisten. Die Armee der Antifaschistischen Aktion formiert sich zu den großen außerparlamentarischen

Genosse Thälmann vor den Ruhrumpfels

Essen, 26. Oktober 1932 (Eiz. Draht.)

Seitern abend fand in den Ausstellungshallen in Essen eine gewaltige Massenkundgebung statt, in der Genosse

Thälmann sprach. Schon Stunden vor Beginn der Kund-

40000 in Dortmund

Auch in Dortmund war die riesige Weissenhofhalle, der

Genosse Fritz Selbmann in Dresden

In einer Massenversammlung im Schützenhaus sprach gestern

„Kommunismus, der einzige Ausweg.“

zu hören. Seine Rede war eine kurze Abrechnung mit der

regierung, deren praktische Unterhukung durch die SPD-Führer

Wels sagte in der Redenbahn: „Ohne Kommunisten kein

Wir rufen zur Einheitsfront, zum außerparlamentarischen

Tarant kämpft mit der KPD für ein freies sozialistisches

Mit kühnlichem Feitakt wurde die Rede des Genossen Selb-

Fest anbaden!

Wenn heute und morgen unsere Genossen mit leeren Wägen

in Jacht und Arbeitsamt, auf Haus- und Hologitation und

Staatsgerichtshof entscheidet für Wapen

Verfassungsfragen sind Nachfragen. Leipziger Brozefende enthüllt die Erdärmlichkeit

Im sogenannten Rechtsstreit zwischen der abgeleiteten Freuenregierung und dem Reichskabinett Wapen hat der

Die Einlegung des Reichskommissars in Preußen ist rechtmäßig; der Reichskommissar ist berechtigt, den pruzh-

Um der sozialdemokratischen Herrschaft die Fortegung

nicht zu vergessen — auf dem flachen Lande für den Sieg der

Der ist der beste und aufopferungslähigste Kommunist, der



Dresdner Jungkommunisten bei roter Wahlarbeit

Kollegen von der Stempelstelle, seine Mitbewohner überzeugt,

Das ist, was Lenin als „den konkreten Weg“ bezeichnete,

Tausend Hungerflößen bietet der kapitalistische Klassen-

Welche tatsächliche Bedeutung das Leipziger Urteil hat,

Die drohenden Maßnahmen auf Grund des Wapen-

Darüber hinaus sollen die letzten juristischen Formalitäten

Antifaschistische Kampfkundgebung

zum Gedenken der Opfer vom Jahre 1923

in Freiberg Sonntag, 30. Oktober, 9.30 Uhr, im „Schwarzen Ross“

Es spricht Walter Ulbricht, MdR, Berlin, Mitgl. des ZK der KPD

Das Freiburger Schalmelenchor spielt. Nach der Kundgebung

Kranzniederlegung der Delegationen an den Gräbern der Opfer vom

Oktober 1923 auf dem Dohnaerfriedhof

Die bürgerlichen Zeitungen - wie die Dresdner Nachrichten - schreiben deshalb auch bereits:

„Verschiedentlich wird sogar die Auffassung vertreten, daß es vielleicht nicht die Staatsgerichtshofes war, die Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß sie politisch zwar im Recht sei, daß aber juristisch noch eine Fülle von offenen Fragen beständen, die nur auf dem Wege der Schöpfung neuer politischer Rechte geregelt werden könnten.“

„Schöpfung neuer politischen Rechte“ - das heißt nichts anderes, als durch eine neue Verfassung zur dauernden Befreiung der alten preussischen Regierung und zur vollkommenen Unbefreiung in der Wahrung der Papen-Schleifer-Freudt in Preußen zu gelangen.

Die alte preussische Regierung Braun-Seyring denkt gar nicht daran, dem etwas in den Weg zu legen. Sie hat zwar eine Mitteilung veröffentlicht, die zum Schein „oppositionell“ gehalten ist, dann aber in dem Schluß mündet, daß sich die Braun-Seyring-Regierung, bei ihren weiteren Schritten von strengster Sachlichkeit leiten lassen.

Die alte preussische Regierung wird heute eine Sitzung abhalten und es wird bereits mitgeteilt, daß sie keinerlei Beschlüsse fassen wird und daß überhaupt jede Beschlusfassung bis nach dem 6. November zurückgestellt wird. Die Braun-Seyring werden sich dem Reichskommisariat unterordnen, darüber können die schenoppolitionellen Bräuer der SPD-Fraktion nicht einen Augenblick hinwegzudenken. So ist auch die Meinung der bürgerlichen Zeitung (und anderer Blätter) zu verstehen, die offensichtlich von der Preussischen Regierung verhandelt worden ist, daß „über Meinungsverschiedenheiten im einzelnen ein Kompromiß hinwegzudenken müßte.“ Dieses „Kompromiß“ der Braun und Seyring, die nach dem Weipziger Urteil den letzten Titel „Minister“ tragen dürfen und ihre Ministergehälter bekommen, aber keinerlei Machtbefugnisse haben während der Reichskommisariat alle Machtbefugnisse behält. Das ist nur eine andere Bezeichnung für die Unterordnung und

die Hilfsarbeit der Braun-Seyring für die Papenbittatur!

Diese Hilfsarbeit ist ja von den Vertretern der Braun-Seyring-Regierung vor dem Staatsgerichtshof selbst ausdrücklich zugegeben worden.

Braun hat erklärt, daß er zehn Jahre lang alle revolutionären Regierungen im Reich durch die und dann unterliegt habe. Seyring mußte zugeben, daß er dem Reichskommisariat von Braun das Recht auf Einsetzung eines Staatskommissars in Preußen, wenn sie in „gleichmäßiger Form“ erfolge, schon vor dem 20. Juli zugestanden hat.

Braun und Seyring liegen durch ihren Vertreter vor dem Staatsgerichtshof erklären, daß sie in der Befreiung der Kommunistischen Partei hinter niemandem zurückgelassen haben, ja, daß sie der Reichsregierung das Material zum Kampf gegen die Kommunisten geliefert haben. Der Staatsgerichtshof hat ihnen in der Begründung seines Urteils bestätigt, daß sie es nicht an der nötigen Tatkraft in der Befreiung des Kommunismus fehlen ließen.

So gehört der Weipziger Urteil zu den Schanddokumenten des sozialdemokratischen Arbeiterbetrats. Er enthält die ganze Erbärmlichkeit und die Betrugs-politik der sozialdemokratischen Stützen des Kapitals. Er öffnet aber auch zugleich der Arbeiterklasse die Augen für das, was notwendig ist:

Um die Herrschaft der Papen-Bräute zu beenden, gibt es nur ein Mittel: die außerparlamentarischen Kampfes der Arbeitermassen, gibt es nur den einen Weg des Kampfes in der roten Einheitsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei!

Jetzt mit der Papen-Regierung!
Jetzt mit dem Reichskommisariat in Preußen!
Kampf mit den sozialistischen Herrschaftsmethoden in Deutschland!

Kampf mit den nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Stützen des Kapitalismus!

Die arbeitenden Massen ganz Deutschlands vereinigen sich in der roten Einheitsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei zum Kampf für Arbeit, Brot, Arbeit und Sozialismus!

Tarum wählen am 6. November alle Werktätigen die Liste 3. Kommunisten!

als Ausdruck ihres Willens, in der roten Einheitsfront gegen Kapitalismus, Faschismus und Sozialfaschismus, für Arbeit, Brot, Arbeit und Sozialismus zu kämpfen!

30 Jahre Zuchthaus für Antifaschisten

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die große Strafkammer Köln im vorerwähnten Urteil hat drei antifaschistische Arbeiter Marone, Hod und Jochen, weil sie an einem Zusammenstoß zwischen Nazis einerseits, Kommunisten und Reichsbannerarbeitern andererseits, teilgenommen und antifaschistische Propaganda verbreitet haben, wegen „schweren Verfriedensbruchs“ zu je 10 Jahren Zuchthaus - insgesamt also zu 30 Jahren Zuchthaus!

Kampf gegen Polizeimaßnahmen und Klassenjustiz

Am Montag, dem 24. Oktober, fand im „Schwarzen Kohlenberg“ eine Massenversammlung der KPD statt. Vor dichtbesetzter Szene sprach Genosse Max Reichler unter „ebullientem Beifall“ der Freiburger Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eine Entschliebung gegen die Beschlagnahme der Rotationsmaschine der Roten Jähne und für die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei gegen Papenregiment, schicksalhaften Selbstbetrug und Arbeiterbetrat, für die Wahl von Kommunisten, Liste 3, sowie eine Entschliebung gegen die Hamburger Zuchthausurteile wurden angenommen.

Maßregelungsfreiheit für Unternehmer

Ein neuer Schlag der Papenregierung

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, plant die Papenregierung in Kürze den Betrieb der Zeitschriften abzugeben, daß die Unternehmer völlig freie Hand für Entlassungen nach Belieben bekommen. Diese Maßnahme wurde übrigens den NSDAP-Führern schon vor einigen Wochen im Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, ohne daß die NSDAP- und SPD-Führer irgend etwas dagegen getan hätten. Im Gegenteil, inzwischen hat Tarnow erklärt, daß er der Papenregierung bei der Durchführung ihres Programms eine Chance geben will.

Dieses Maß, wird auch jetzt versucht, die Arbeitslosen gegen die beschuldigten Arbeiter auszuspielen. Man behauptet, die Unternehmer sollen deshalb freie Hand bekommen, daß sie langjährig betriebsfähige Arbeiter entlassen und dafür langjährig

Die Streiffront in Brodwick steht fest

Die streikende Belegschaft der Steingutfabrik trotz allen Verwirrungs- und Zerlegungsmanövern der Direktion

(Arbeiterkorrespondenz)
Brodwick, den 26. Oktober.

Der Streik geht unermüdet weiter. Die Direktion versucht vergeblich, durch Provolationen und Konzepte die Streikenden zu verwirren. Am vergangenen Freitag, als die Belegschaft ihren Arbeitslohn holen wollte, erklärten die Meister, die vor allem bei den Jungarbeiterinnen und Frauen verstanden, durch Terror Untertänigkeit auf die Arbeitswilligen zu erreichen. „Wer nicht unterwirft, der seine Papiere nicht in Empfang nimmt, bekommt keinen Lohn!“

Als die Belegschaft dies zur Kenntnis wurde in der Verlobungsabteilung immer nur eine Person ins Mitarbeiterbüro gerufen und dort in Anwesenheit des Direktors, des Meisters und eines Angestellten unter Tausend geist, entweder zu unterschreiben über die Papiere in Empfang zu nehmen, andernfalls habe es kein Geld-Belegkarte mitbringen müssen erst die Polizei anrufen, die dem herausgerufenen Angestellten sagen mußte, daß der Lohn ausgezahlt werden müsse. Auf diese Weise gelang es, 8-10 Untertänigen von einigen eingekerkerten Frauen zu erreichen. Die Arbeiterinnen erklärten aber selbst herunter, daß sie nicht im

geringsten daran blieben, Streikbruch zu verüben und nur unter dem Druck untergebeuen hätten. Am Sonnabend wurde die Direktion den Posten zu allen Betriebsstellen mit der Forderung, am Montag die Arbeit aufzunehmen.

Wie diese Provolationen sind an dem geschlossenen, stammligen Willen gescheitert. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin hat als Streikbrecher hergegeben. Die am Montag mitgeführten überfüllte Streikverammlung wird reiflich mit Entschlossenheit Provolationen zurück, bezüglich dem Kampf weiter vorwärts führen, die Solidaritätsaktion zu steigern und den Streik zu dem Sieg zu führen. Durch Einwirkung von zwei Frauen wurde die Streikfront ergötzt.

Ein Vertreter der KPD sprach über „Zweck und Mittel“ der Revolutionären Gewerkschafts-„Opposition“ zu den Streikenden. Die Arbeiter traten sofort in die KPD ein. Die Solidaritätsaktion wird glänzend weitergeführt. Am Dienstag, 27. Oktober, streikenden Lebensmittelverkäufer verteidigt worden. Die Belegschaft erkennt immer mehr, daß nur unter Führung der KPD eine Unternehmungskonvention der KPD sowie dem Direktor der KPD tätig in der Antifaschistischen Aktion gegen Lohn- und Arbeitslosenstreik die schicksalhaften Diktaturmaßnahmen zurückzuführen und nachahmt werden können.

Die Belegschaft beschloß ein Panfschreiben an die Fabrik, Arbeiter, Erwerbslosen, Sozialisten und Kleinrentner, die beweisene Solidaritätsaktion.

Heraus zum roten Volkstreffen in Zittau

Fritz Seibmann spricht
am Sonnabend, dem 29. Oktober, 19 Uhr, auf diesem Volkstreffen im Kaiserpalast in Oibersdorf!

Die Betriebe in vorderster Front!
Kardifabrik Hirschfeld meldet 3 Delegierte
August Hoffmann, Neugersdorf, 13 Delegierte
Herrn. Nauhenhof, Singwitz, 13 Delegierte
Textilbetrieb Cunewalde 4 Delegierte
Hörnig 2 Delegierte
Frauenversammlung Niederberowitz 5 Frauendelegierte
Erwerbslose und Rentner, Zittau 10 Delegierte.
Knapf 5, Häbler, Zittau, 3 Delegierte

Wenn melden die anderen Betriebe und Ortsgruppen? Jeder Betriebsdelegierte muß 20 Pfennig jeder erwerbslose Delegierte 20 Pfennig Unkostenbeitrag zum Kongreß mitbringen.

Voll-BS Sachsen zum 12. Plenum des Cfti und zur Reichs-Parteiarbeiterkonferenz

Am Sonnabend, dem 27. und Sonntag, dem 28. Oktober, tagte die Voll-BS des Reiches Sachsen. Nach ausführlichem Bericht des Genossen Seibmann über die Parteiarbeiterkonferenz und einem Bericht über den sozialistischen Aufbau in der NSDAP nahm die Parteileitung nachfolgend folgende Beschlüsse einstimmig an.

Die BS nahm eingehend Stellung. Eine große Zahl Parteifunktionäre unterzeichnete die Ausführungen des Genossen Seibmann, die Beschlüsse des 12. Plenums des Cfti, die Beschlüsse der Parteiarbeiterkonferenz der KPD. Sie war ein Beweis für die Tätigkeit und Einheitlichkeit der Partei, die trotz Verbundenheit mit der Sowjetunion und ein Zeichen der wachsenden Kampfbereitschaft, Kampfbegierde und Kampfbereitschaft der kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Tagung der Sächsischen Funktionäre wurde zu einer lebhaften Veranstaltung aller Gruppierungsbereiche und Versuche, die Einheitlichkeit und Schärfe der Partei zu fördern. Sie unterstreicht besonders die Bedeutung des Genossen Thälmann und seine großen Verdienste für die Volkswirtschaft der KPD und ihre Erfolge in der Massenarbeit und der Verwendung in der Arbeit auf die Betriebe. Die Parteileitung gelobte, im Sinne der Führung des Genossen Thälmann die Generallinie der Partei mit verstärktem Eifer durchzuführen und alle Kräfte zur weiteren Massenmobilisierung anzuspannen. In diesem Sinne beschloß sie folgende

Entschliebung
Die Sitzung des Plenums der Parteileitung der KPD Sachsen am 27. und 28. Oktober 1932 bei Stellung genommen zu den Beschlüssen des 12. Plenums des Cfti und der Parteiarbeiterkonferenz der KPD und nimmt den Beschlüssen dieser Tagungen vorbehaltlos und vollständig zu. Das Plenum der BS stimmt insbesondere zu den Beschlüssen des Plenums des Cfti über die Analyse der Lage des kapitalistischen Systems, die hier konstatieren Ausdruck findet in der Feststellung des 12. Plenums vom Ende der relativen kapitalistischen Stabilisierung, der Kennzeichnung der erhöhten Krisenperiode und des revolutionären Aufschwungs in der ganzen Welt. Das Plenum der BS stimmt zu der Einschätzung der Lage in Deutschland durch das 12. Plenum des Cfti und die Parteikonferenz der kommunistischen Partei Deutschlands.

Das Plenum der BS begrüßt die Kritik des 12. Plenums und der Parteikonferenz an der Arbeit der deutschen Partei und insbesondere der sächsischen Parteileitung. Sie verpflichtet die gesamte Parteileitung zur Enttarnung der hohen Aktivität aller Teile der sächsischen Parteileitung zur Durchführung des 12. Plenums und der Parteikonferenz geschärften großen Aufgaben. Die Grundaufgabe der Partei ist die Führung der Massen an die Entschliebungskämpfe um die Macht, wobei das entscheidende Kennzeichen die Organisierung, Zusammenfassung und Steigerung aller revolutionären, politischen und politischen Kämpfe gegen die schicksalhafte Diktatur ist.

Die sich daraus ergebenden unmittelbaren Aufgaben sind: Die Steigerung aller Kampftätigkeit, die Fortführung der revolutionären Einheitsfrontpolitik von unten in der Antifaschistischen Aktion, die Verbesserung der innergewerkschaftlichen Arbeit und Schaffung einer Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften, die Konzentration der gesamten Parteiarbeit auf die Betriebe, die Befreiung der Erwerbslosen von der Sozialdemokratie, insbesondere gegen die „linke“ Bewegung der KPD und der KPD, die Steigerung des ideologischen und mehrheitlichen Kampfes gegen den Sozialfaschismus, die Befreiung und Unterstützung der Arbeit der KPD zur Erhebung der proletarischen Jugend, die Verbesserung der Frauentätigkeit in der KPD zum Ausbau der KPD und der Roten Verbände zu Massenorganisationen und zur Verbesserung unserer Frauentätigkeit zur Gewinnung der wertvollen Frauen zum revolutionären Kampf.

Das Plenum der BS begrüßt die einstimmige Stellungnahme der Parteikonferenz gegen die faschischen und gegen die Generallinie der Partei gerichteten Vorwürfen der Neumann-Gruppe und gegen ihren verwerflichen Versuch der „ruppenmässigen Arbeit zur Desorganisation der Partei und zum Kampf gegen die Parteiführung. In dem Plenum der BS sind die den ideologischen Kampf gegen die faschischen Vorwürfen und die verwerflichen Methoden der Neumann-Gruppe erklärt, heißt es: „Es ist ebenfalls geschloffen hinter das einmütige, geliebte Selbstverständnis der Parteikonferenz zur Generallinie der Partei, zur Parteiführung und zum Genossen Thälmann, dem Führer unserer Partei.“

Unter der Führung unserer sozialistischen JA mit dem Genossen Thälmann an der Spitze wird auch die sächsische Parteileitung die von der Partei heftigsten großen, ideologischen Aufgaben erfüllen, in bester Entschliebung der antifaschistischen Einheitsfrontaktion die proletarischen Massen herausheben an die entscheidenden Kämpfe um die Macht, um die Arbeiter- und Bauernrepublik.

Trotzdem gelangte ein Brief an die Redaktion der „Sächsische Zeitung“ zur Annahme, den wir morgen veröffentlichen.

48000 Arbeitslose mehr

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober, beträgt die Zahl der Arbeitslosen, die bei den Betriebsstätten gemeldet sind, Mitte Oktober 1932 rund 5.150.000. Die amtliche Statistik verzeichnet also ein Anwachsen der arbeitslosen Arbeitslosen um 48.000. Gleichzeitig ist die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung unterstützten Arbeitslosen um 45.000 zurückgegangen. In der Krisenperiode vergrößerte sich die Zahl der Arbeitslosenversicherungsmitteln um 6.000. In der amtlichen Statistik werden bekanntlich diejenigen Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung mehr erhalten und deshalb nicht mehr gemeldet sind, nicht mehr gezählt.

Streik im Arbeitsdienstlager Rodewisch

Im freiwilligen Arbeitsdienstlager Rodewisch im Reichsländ hatten die Arbeitsdienstler beschlossen die Arbeit einzustellen. Ihnen hielt 12 Mark nur noch 800 Mark gezahlt werden sollen.

Streik in Kölner Tieß-Betrieben

Köln, 26. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Vorgestern fand eine Delegiertenversammlung der Tieß-Betriebe in Köln statt, in welcher nach dem Ausschluß der roten Betriebsräte und Vertretern der KPD nach kurzer Diskussion der Beschluß gefaßt wurde, ab Dienstag in den Streik zu treten. Der Streik richtet sich gegen 5 Betriebe: Lohnabbau und umfaßt alle Kölner Tieß-Betriebe.

Folgt Ihrem Beispiel

Die Genossen in Hirschfeld berichten nachfolgend vom Graßsammlung, daß sie 57 Mark gesammelt und damit das Sammelgeld am 17. März überschritten, obwohl sie ihre Sammlung noch keineswegs abgeschlossen haben.

Die Ortsgruppe Reuben meldet, daß sie im Zusammenhang mit der Verhängung der Reichstagswahlkampagne 1931 58 Arbeiterkassen und Gewerkschaften 75 verzeichnen will. Die Ortsgruppe hat im Oktober bereits von jeder Nummer der Kampferin je 100 Stück verkauft. Vom Graßsammlung haben die Reubener Genossen ein Teilergebnis von 50 Mark gemeldet. Nicht es abermal in Reuben:

Der neue Schlag der Papenregierung ist eine neue Wahrung in allen Betrieben die Einheitsfront-Forderungen zu erfüllen. Der letzte Akt des gesetzlichen Schutzes gegen willkürliche Entlassungen fällt. Nur die Kraft der langjährigsten Belegschaft kann in Zukunft Maßregelungen verhindern!

Der Prozeß gegen Karikas und Genossen hat begonnen

Wien, 24. Oktober. Bei der heute begonnenen Verhandlung gegen Karikas und Genossen konnte der Staatsanwalt sagen, so gut wie nichts über seine Tätigkeit in Ungarn zu sagen, sondern legte ihm vor allem seine angebliche agitatorische Tätigkeit in Frankreich und Deutschland zur Last. Genosse Karikas erklärte in seiner Aussage, daß er in der Kriegergefangenschaft Kommunist geworden, die russische Kämpfer an der Front verteidigt habe. Nach dem Krieg habe er mehrere Jahre in der Sowjetunion gearbeitet, dann habe er mehrere Jahre in der Sowjetunion gearbeitet, dann habe er mehrere Jahre in der Sowjetunion gearbeitet.

Mussolinis imperialistische Außenpolitik

Die Angst vor der Turiner Arbeiterschaft — Bekenntnis zum Casanover Versklavungspakt und zum Genfer Mordbrennerbund — Eine deutliche Abgabe an den deutschen Imperialismus

Turin, 25. Oktober. Im Rahmen der Jahrestagung der faschistischen Diktatur in Italien wurde am gestrigen Sonntag in Turin eine große faschistische Parade abgehalten, bei welcher Gelegenheit Mussolini eine Rede hielt. Außerordentlich bezeichnend für die Stimmung der Arbeiterschaft in Turin ist die Tatsache, daß Mussolini es bisher noch niemals gewagt hatte, nach Turin zu kommen. Nach diesem wurden vor Sitzplätzen des faschistischen Theaters Hunderte von Arbeitern verhaftet und ganze Arbeiterbezirke durch die politische Polizei durchsucht. Nichtabkommen ist man in den Straßen der Arbeiterbezirke aufstellen mit den Parolen „Nieder mit der faschistischen Diktatur! Nieder mit dem Genfer der Arbeiter, Mussolini!“

vorsteh zeigte nochmals, daß der italienische Imperialismus zwar den deutschen Vorstoß insofern begrüßt, als er ihn gegen seinen französischen Konkurrenten ausrichten kann, aber im übrigen gar nicht daran denkt, die deutschen Forderungen zu unterstützen. Genau so wie der englische Imperialismus machte Mussolini ein paar nichtslagende Phrasen über die „justizielle Berechtigung“ des deutschen Vorstoßes, erklärte aber ausdrücklich, daß Deutschland nicht aufzufüllen dürfe, solange die Abrüstungskonferenz noch andauert.

In diesen Worten zeigte sich der Bankrott der Außenpolitik des deutschen Faschismus, der bekanntlich glaubt, seine imperialistischen Sonderziele durch ein Bündnis mit dem faschistischen Italien und mit England verwirklichen zu können. Um dieser Politik willen hat Hitler die Subtilitäten des Terzors des italienischen Imperialismus freilich preisgegeben, ledigen die Hitler und Rosenberg die Stiefel des englischen und italienischen Finanzkapitals.

Erst Faschistenrummel, dann Lohnraub

Italienische Grenz, 25. Oktober. Mussolini hat die Industriellen von Reggano, Bako, Ariglio und Como aufgefordert, den neuen Lohnabbau bei den Textilarbeitern bis nach dem Jahrestag des „Marsches auf Rom“ zu verschieben. Nach den großen faschistischen Feiern sollen die Unternehmer leger berechtigt sein, den Lohnabbau einzuführen für die letzten Wochen durchzuführen.

Vier polnische Arbeiter standrechtlich ermordet

Warschau, 24. Oktober. In Warschau (Polen) wurden vier Arbeiter durch das Standgericht Killabits wegen angeblicher Spionage zugunsten der Sowjetunion zum Tode verurteilt. In Wirklichkeit handelt es sich um keine Spione, sondern um revolutionäre Arbeiter, die in letzter Zeit unter der Führung der Spionage abgestuft wurden. Wenige Stunden nach der Verkündung des Urteils wurden die vier Arbeiter bereits im Hofe des Gefängnisses erschossen.

Aufführung der Bekleidungsindustrie in der Sowjetunion

Moskau, 26. Oktober. Seit dem Beschluß des Zentralkomitees zur Accelerierung der Produktion von Artikeln des täglichen Bedarfs ist die Aufmerksamkeit der Sowjetöffentlichkeit und der ausländischen Presse auf die Bekleidungsindustrie hingelenkt. Die Statistik zeigt, daß die Produktion der Bekleidungsindustrie in der Sowjetunion in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen hat. In der Bekleidungsindustrie sind in der Sowjetunion außerordentlich zugenommen hat. In der Bekleidungsindustrie sind in der Sowjetunion außerordentlich zugenommen hat.

„Wir wollen Foster!“

Stürmische Demonstrationen der amerikanischen Arbeiter gegen Hoover, für den kommunistischen Präsidentschaftskandidaten



Genosse Z. Foster, der kommunistische Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen in den Vereinigten Staaten.

Detroit, 25. Oktober. Als Hoover in Detroit eintraf, um eine Wahlrede zu halten, wurde er von Tausenden von Arbeitern mit Nickerchen am Bahnhof empfangen. Die Demonstrationen fanden unter Führung der kommunistischen Partei. Immer wieder erschallte es aus der Menge: „Nieder mit Hoover! Wir wollen Foster!“ Genosse Foster ist der Präsidentschaftskandidat der kommunistischen Partei.

Detroit, 25. Oktober. Früher arbeiteten dort in den Ford-Werken über 100 000 Arbeiter, jetzt nur noch 60 000. Die Demonstrationen in dieser Arbeiterstadt sind sehr bedeutend für die Mobilisierung der amerikanischen Arbeiterschaft.

Gewaltige kommunistische Wahlversammlung in Philadelphia

Newport, 25. Oktober. In der kommunistischen Wahlversammlung in Philadelphia nahmen 8000 Arbeiter teil. Es war dies die größte Arbeiterversammlung in dieser Stadt seit dem Krieg. Dem Vorsitz führte ein Negerkandidat. Der Versammlung war ein Umzug vorausgegangen.

Newport, 25. Oktober. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs über die Berufung gegen das Urteil gegen die Regierungen von Scottsboro wird erst nach den Wahlen bekanntgegeben werden, die am 8. November stattfinden.

Vor 15 Jahren

Bewaffneter Aufstand beschlossen
Wien, 21. Oktober 1917. In der Sitzung des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei wurde auf Lenins Antrag die Resolution über den bewaffneten Aufstand angenommen. Die Komintern der Sowjets von Kordorjand erklärte sich für die Übernahme der Macht durch die Sowjets.

Schrapowalov

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mapp-Verlag, Berlin (Internationale Revolver, Band 4).
 Original von Olga Halpern.

Fortsetzung

Die schwereren Lebensbedingungen in Zwanoow-Boisjessent bedingten mich tatsächlich trotz meiner Krankheit nicht ein bißchen. Im Gegenteil, die Karkassen, die lauten Gerüche, das Schwärzen, das Schlafen auf dem Fußboden, wo ein kalter Zugwind durch die Tür blies — das alles gefiel mir sehr gut. Das Leben eines Illegalen bereitet mir sogar trotz den vielen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren, eine gewisse Freude. Das erkrankende Klassenbewußtsein der Arbeiter beobachtet zu können, war mirlich erbebend.

Ich wurde aber auch mitter vom Mithgeleit verfolgt. Des Schloßen in den kalten Novembernächten auf kaltem Fußboden, machte es soweit, daß ich mich eines Morgens nicht vom Lager erheben konnte.

Trotzdem man mit meiner Krankheit anjah und es von niemand Zweifelst werden konnte, daß ich mich einer gründlichen Behandlung unterziehen und von meiner Arbeit befreit werden mußte, schickte mich Genosse Koffow — angeblich aus Angst, mich zu verlieren und in der Hoffnung, daß ich mich rasch erholen werde — nur provisorisch nach Smolensk zu seinem Bruder. Erst nachdem ihm sein Bruder einen Monat später schrieb, daß meine Krankheit erheiler sei, als man es angenommen hatte, wurde ich zuerst nach Woronjelsk und dann nach Bobrow (Woronjelsker Gouvernemen) zur Behandlung geschickt. Der meiner Abreise von Zwanoow-Boisjessent traf ich noch einmal Olga Warlangowa, das älteste Mitglied unserer Partei. Sie war nach Beendigung ihrer Verbannung sofort zur revolutionären Arbeit zurückgekehrt und nahm Anteil an der Leitung des Kordorjandens. Die Warlangowa wohnte in Jaroslami. Von Zeit zu Zeit kam sie nach Zwanoow-Boisjessent, ihrer Geburtsstadt.

In Woronjelsk kam ich diesmal mit den Genossen Koffow, Karpow, Kordorjand, Koffertin, Djubimow und Panin (der sich dort auf der Durchreise aufhielt) zusammen.

„Ich mußte gar nicht, daß Sie es waren, der sich unter dem Namen Genossin Wjetromitich versteckte, sagte ich zu Panin. „Sonn hätte ich doch verluht, mit ihnen zusammenzukommen. Was ist gut, was mir Wohl getrieben wird, aber Sie haben sich ja mit so einer Konspiration umgeben, daß Sie keine Ahnung haben konnten, mit welchen Genossen Sie zu tun haben.“

„Ja, es ist sehr ärgerlich, daß ich nicht darauf gekommen bin, das Kapuzin identisch ist mit Schrapowalow“, erwiderte er mir.

Nachdem Koffow mich persönlich kennengelernt und mit meinem Arzt gesprochen hatte, überprüfte er sich, daß ich in Rinskama und Zwanoow-Boisjessent tatsächlich solange an der illegalen Arbeit teilgenommen hatte, bis ich vollständig zusammengebrochen war. Als er sah, mit welcher Anstrengung ich mich auf den Stod hügend drängte, und als er vom Arzt erfuhr, daß meine Krankheit langwierig, ja sogar chronisch sei, entschloß er sich endlich, mich frei zu geben, damit ich mich einer ernstlichen Behandlung unterziehe.

Koffow war ein 22-jähriger junger Mann, er war sehr begabt und man legte große Hoffnungen auf ihn. Der jüngere Bruder Koffows, der in Smolensk unter Vollgehaft lebte, erzählte mir von den Diskussionen, die Nikolaj Koffow mit seinem älteren Bruder, einem Fabrikanten in Zwanoow-Boisjessent, führte.

„Lach deine Dummdreier, sagte er zu Nikolaj. „Lach deine Propaganda, lach diesen deinen Marx in Ruhe. Wozu das alles? Das ist doch nichts als Blödsinn... Die Arbeiter werden dich sowieso nicht verstehen. Unsere Arbeiter sind alle graue Menschen, besonders die Weber.“

„Ganz im Gegenteil“, erwiderte Nikolaj, meiner Ansicht nach sind die Tage des Kapitalismus gezählt. Wenn der vorläufige unwissende, durch jahrhundertlange Unterdrückung gefeuchete russische Bauer jahrhundertlang sein furchtbares Los schweigend trägt, so ist es noch kein Verweis, daß der Fabrikarbeiter ebenso geduldig alles ertragen wird.“

„Wacht du's wirklich? Das geht doch alles im Schneckentempo... Unsere Weber sind noch viel zu stinker, um Redenshaft von uns zu verlangen. Wir werden noch eine ganze Weile herrschen können... Aber du, du Dummdreier, du wirst für deine unruhigen Herden Joven im Gefängnis oder in Sibirien verlieren. Du tust mir sehr leid; du bist doch ein geheimer Kerl. Was dir Wante

ein guter Ingenieur oder ein Fabrikbesitzer werden... Lach diesen Wahn, lach diese deine Arbeiterklasse in Ruh. Sage mir ein Sterbenswörtchen, ich fühle es dem Winter zu, und du kannst schon am nächsten Tag nach Zwanoow-Boisjessent kommen.“

„Es ist nicht um jedes Wort, das du an mir verlierst! Es wird dir nicht gelingen, mich zu verführen. Ebenso wie die Wolge nicht zurückfließen kann, so werde auch ich niemals zu euch zurückkehren und gebe ich zugrund, so tue ich's für eine große Idee...“

„Für keine große Idee, sondern für einen Wahn, der schon vor zweitausend Jahren von dem Griechen Aristophanes verurteilt wurde...“ sagte der Fabrikant seinem revolutionären Bruder höhnlich.

„Wohin vertritt du dich?“ lachte Genosse Koffow. „Du solltest eigentlich den König David mit seinen Vätern plündern und mit seinen Worten sagen: Sage, du Tränkniger, daß kein Gott da ist...“ Das sind veraltete Sachen, Bruder!“

Ich verdrachte, denn ich nach Bobrow fuhr, einige Tage in Woronjelsk. Dort traf ich R. D. Bogdanow, der zu jener Zeit als Meister in einer kleinen Fabrik in Woronjelsk arbeitete, und Scheljabin mit seiner Frau, dessen Schwager und Schwager im Kaukasus lebten.

Ich kam zu Beginn des Winters 1901 nach Bobrow. Dort lebte Genosse Sergei Scheljabin und seine Frau Sotijoi Kjewotowa, die Schwester Sinalda Kjewotomas, die ich in dem Buch: „Auf dem Wege zum Sozialismus“ erwähnt habe.

Sergei Scheljabin war Anhänger des legalen Marxismus und mit Genossen Denis und der Plattform der „Jeser“ nicht einverstanden. Er ist Verfasser einer Broschüre über den Streit in der Kordorjand-Fabrik 1904, die leider jetzt in Vergessenheit geraten ist.

Scheljabin war Jurist, Katerichter in seiner Geburtsort Zwanoow-Boisjessent und verti streng auf die Gesetz. Da die Arbeiter die Fabrikanten sehr hütig wegen ihrer Ungerechtigkeit anklagten und da Scheljabin sich immer auf die Seite der Arbeiter stellte, war er den Fabrikanten sehr verhaßt. Die Industriellen Zwanoow-Boisjessent wählten eine Klage im Justizministerium ein, in der sie behaupteten, daß „arme Arbeiter“ vor diesem „gerechten Richter“, wie sie Scheljabin hießen, nannten, zu beschützen.

(Fortsetzung folgt)

fest
 riebung
 lager
 rieben
 Effizienz
 ehr

Antwort auf Jonsdorfer SPD-Stinbomben

Straus mit den Abgeordneten der SPD. Kampf in der Antifaschistischen Aktion für Sieg der Klasse 3

Die Jonsdorfer Volkszeitung brachte einen Artikel von Straus, der eine einseitige Dredfrage gegen die SPD und ihre Vertreter im Gemeindeparlament war. Diesen Schmierlingen, die sich nur im Dred wohl fühlen, antworten wir folgendes:

(Arbeiterkorrespondenz 917)

Wahnt du die Wahrheit können, wenig dich mit Führer West, denn nichts verlangen die Menschen, als die Wahrheit so lehr.

1. Es entspricht der Wahrheit und kann durch vier Zeugen bewiesen werden, daß Engler erklärt hat, die Renten wären noch hoch genug, keine Mutter hätte sich noch Geld dabei sparen.

2. Es steht einwandfrei fest, daß Engler die sofortige Abkündigung der kommunistischen Anträge (Bekämpfung von Kartoffeln und Kohlen) durch seinen Antrag, diese Angelegenheit in die nächste öffentliche Sitzung zu verlegen, verhindert hat. Diese Sitzung aber ließ man durch persönlichen Kampf aufschließen. Wenn die Kommunisten keine weitere Sitzung beantragten, so müßten doch Engler und Co. genau, daß dazu drei Abgeordnete notwendig sind.

Es steht weiter einwandfrei fest, daß auch die SPD-Fraktion für die Durchführung der Arbeiten, wie Gemeindeamtsoffizier, Gemeindeführer, Schulsozialplan und Abwicklung bei der Gemeindeführung stimmte. Dem kommunistischen Vertreter wurde diese Pflichtarbeit abgelehnt, da ja schon vorher festgestellt, daß die Arbeiten nur als Pflichtarbeit zur Durchführung kommen.

Wenn der Berichterstatter im Interesse der Öffentlichkeit feststellen will, daß die SPD im Parlament unzählige Anträge für die ärmsten Schichten eingebracht habe, so laßen darüber natürlich die Führer. Während meiner zwölfjährigen Tätigkeit als kommunistischer Gemeindevorsteher, waren es kein Duzend Anträge, die die SPD-Fraktion eingebracht hat.

Wahr ist, daß in den letzten drei Jahren mindestens 70 Anträge durch die SPD für die Erwerbslosen und im Interesse der Erwerbslosen eingebracht und gestellt wurden. Alle gestellten Anträge werden mir der Öffentlichkeit in einer Wahlversammlung bekanntgegeben. Wir haben es tatsächlich nicht nötig, SPD-Anträge zu stellen, und die angebliche Veröffentlichung im Volkscho soll Engler beweisen.

Die Behauptung, die Kommunisten hätten sich aus dem Antrag der SPD-Gesamtheit (welche SPD-Gesamtheit?) Schube geerntet, ist eine bewusste und infame Verdrehung der Tatsachen. Wahr ist: Auf Antrag von vier kommunistischen und drei parteilosen Arbeitern wurde beim Wahlratsauswahlgang die SPD-Gesamtheit zur Vertretung von Schulen nachgedacht, da sie als Wahlratsmitglied gezwungen wurden, Pflichtarbeit zu leisten. Eine berechtigte Forderung, die auch jeder andere Wahlratsmitglied stellen konnte.

Allerdings Engler, der als Autobusfahrer immerhin noch einen Wochenlohn von 35 bis 40 Mark erhält und nebenbei Doppelpoliermeister ist, hat es schließlich nicht nötig, Antrag auf Schule zu stellen.

Weiter ist am 18. Oktober durch zwei Genossen bei der Gemeinde einwandfrei festgehalten worden, daß kein Kommunist, auch nicht Bernadner oder Frau Hennig, sich von der Gemeinde Geld kausen ließen, um das ihre wieder verkaufen zu können.

Wir nennen den Berichterstatter einen natürlichen Lügner so lange, als er für seine dummdreistesten Behauptungen den Beweis nicht antizipiert. Wir sind schon der Meinung, wenn Engler aus nichtöffentlichen Zusammenkünften erzählt, so soll er keine Mädchen erfinden. Aber er denkt wahrscheinlich, nur seine Verleumdungen, etwas bleibt schon hängen, denn Bernadner, als (vorläufig) einziger im Parlament, kann sich ja nicht verteidigen.

Wohlgemeintlich verweise ich, daß es der Gemeindevorstande Widmarn mit seinen Kollegen von der SPD war, der den Antrag der Erwerbslosen, denselben einen Saal bei Versammlungen zur Verfügung zu stellen, mit ablehnte.

Warum schreibt der Berichterstatter nichts von seinem Parteifreund im Wahlratsauswahlgang, der in einer Sitzung mit den hiesigen Vertretern gegen die Gewährung einer Sonderzulage für die Pflichtarbeiter stimmte, die von sämtlichen Pflichtarbeitern, nicht nur von den kommunistischen, gefordert wurde.

In den unheimlichen Bemerkungen betreffs Blumenmädchen und hochwürdiger bei einem angeblichen Raufkampf im Kurhaus, ist schließlich, daß Bernadner auf Anforderung der Gehobbar keine Arbeit verrichtete und nichts mit einem Raufkampf zu tun hatte.

Eine Sitzung, die keine Anwesenheit erfordert hätte und die sich angeblich mit Erwerbslosenfragen beschäftigt habe, hat zur selben Zeit nicht stattgefunden.

Es ist schon so berichtet, man keine Arbeit, da wird man der Faulheit beschuldigt, und macht man irgend eine Arbeit, dann wird man in der „Volkszeitung“ zum Geißelstein.

Ebenso sinnlos wäre es von uns, wollten wir uns über die Diener des SPV-Vertreters in seiner Eigenschaft als Hausdiener aufhalten.

Jum „kommunistischen“ Schweinefleisch haben wir aufstrebend zu sagen, daß es kein Konsumist wie im Gefängnisbeim oder im Spittelhof war.

Das Schwein ist nun schon vor zwei Jahren verpfundet worden und das Pfand zum Preise von 35 Pfennig an alle Erwerbslosen, ganz gleich welcher Parteizugehörigkeit, abgegeben worden.

Der Erwerbslosenauswahlgang nimmt durchaus keinen Dank für seine Arbeit und Mühe in Anspruch, sondern betrachtet es lediglich als seine Aufgabe, die Interessen der Erwerbslosen wahrzunehmen. Die Abrechnung über den Verlauf ist in einer Erwerbslosensammlung gegeben worden. Außerdem hatten die Referenten, zu denen auch ein SPV-Genosse gehörte, Gelegenheit, ihre Pflicht zu tun und die Erwerbslosenfrage nachsprachen.

Wir fordern den Berichterstatter auf, unersüßlich die Leute zu nennen, die an diesem Schweinefleisch etwas Verächtliches

handen. Allerdings, von kalten Wägen und gemeinen Lügen werden die Erwerbslosen bestimmt nicht satt.

Weber das geht der roten Hosen in die Volkszeitung aus begründlichen Gründen doch bestens informiert. Wir werden ihre Äußerung über die in jeder Beziehung gelungene Veranstaltung (Wie wäre es mit einem Bericht über die gelochten Schläpfer?)

Es ist weiter eine gemeine Verleumdung, daß Bernadner bezüglich der Festhaltung über die Verleumdung des Bauers der Sportplatzhütte den Sitzungsaal fluchtartig verlassen haben soll.

Den Gegenbeweis können die Gemeindevorstande bringen, die feststellen werden, daß Bernadner den Sitzungssaal erst nach Verleiden des Protokolls verlassen hat.

Ein Mann, der wissenschaftlich vor Gericht solche Aussagen gegen Protokoll macht, hat absolut kein Recht, Kommunisten irgend wie zu verächtigen.

Weiter steht fest, daß die Gemeinde 22 Bänke bauen ließ, die sämtlich Eigentum der Gemeinde sind und nicht zur Hälfte dem Arbeiterturnverein gehören, wie der Berichterstatter behauptet. Die Bänke können jedem Bezieher auf Ansuchen bei der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. (Wer ist also hier wieder der Verleumder?)

Einwohner von Jonsdorf! Sieh die Konsequenzen! Weir das Abgeordnete, die Oberbürgerliche Volkszeitung, aus dem Saale und absonder die Arbeiterstimme!

Morgen letzter Tag für die Verleihung von Wahlberechtigungen

Der 27. Oktober ist der letzte Tag zur Verleihung von Wahlberechtigungen. Jetzt sofort müssen alle Wähler eingetragene werden und darüber von dem Wahlleiter eine Quittung ausgestellt werden. Zu dem Gemeindevorstand müssen unsere Kandidaten in großer Form vorzulegen werden.

Es sei nochmals besonders darauf hingewiesen, daß keine Kostenverhältnisse verlangt werden dürfen. Das Verlangen einer Hinterlegungskaution ist in jedem Falle unzulässig und gegen die Wahlordnung verstößt. Wo das verlangt wird, werden die Genossen gegen dieses Verlangen schriftlich geben zu lassen. Das ist jedoch notwendig, weil sonst dieselben Stellen dann bei der Eintragung der Wahl dieses Verlangens gestellt zu haben, beitragen. Wo es verlangt wird, muß sofort Meldung an die Bezirksleitung gemacht werden.

Die SPD verliert ihr Betrugsmittel mit der Verleihung der Wahlberechtigungen. Die gesamten Feinde der Arbeiterbewegung sind hier zu finden. Hier glauben sie die verächtliche Partei die sie als Partei gegen die Interessen des Proletariats im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft zu verachten, verschleiern zu können. Die Bezirksleitung hat durch die Erklärung in der Presse jede Diskussion abgelehnt. Das Ergebnis ist, daß in jedem Fall und mit keiner Partei eine Verbindung eingegangen werden darf.

Die kommunistische Partei ist die einzige revolutionäre Führung der Arbeiter. Die gesamten Feinde der Arbeiterbewegung sind hier zu finden. Hier glauben sie die verächtliche Partei die sie als Partei gegen die Interessen des Proletariats im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft zu verachten, verschleiern zu können. Es gibt kein Bündnis mit den Feinden der Arbeiterklasse! Daher in jeder Gemeinde irgendwelche Verbindung!

Wir greifen an!

Heraus zum roten Volkstonareß

Sonntag, 30. Oktober, 3.11.44
vorm. 9 Uhr, in **Stittau**

Schaubild 20 Uhr, spricht im Kreiskapitel, Schillerstraße, die Genossin Tina Schmidt über: Meine Einträge in der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Schaubild 20 Uhr, spricht in der „Krone“ in Rungen der Reichsleiter der Revolutionären Gewerkschaften.

Freitag, den 28. Oktober, 20 Uhr, spricht in der „Krone“ in Rungen der Reichsleiter der Revolutionären Gewerkschaften.

29. 10.: Seilerdorf, Kibels Gaidhof, Wahlvereinsamt, Neiborn, Hartau, Kreicham, Wahlvereinsamt, Prossauer Brunau, Anauer, Wahlvereinsamt, Valt, Oberullersdorf, Schmidtke, Wahlvereinsamt, Bloche

Jirubau, Areticham, Wahlvereinsamt, Albrecht, Kretschmar, Wahlvereinsamt, Areticham, Wehrsdorf, Erbgericht, Wahlvereinsamt, 8. Kreis, Stittau, Kallersaal, Volkstonareß

Gibt es Korruption in Freiberg?

(Arbeiterkorrespondenz 916)

Hier fand eine außerordentliche Stadterordnetenversammlung statt: Auf dieser fanden folgende Anträge der Freiburger Erwerbslosen:

1. monatlich 4 Zentner Kohlen für Familien aller Erwerbslosen und Rentner, 2 Zentner für Vögler mit eigenem Haushalt und 1 Zentner für Vögler ohne eigenen Haushalt.
2. monatlich 14 Zentner Kartoffeln für Familien aller Erwerbslosen und Rentner, 3 Zentner für Vögler mit eigenem Haushalt, 4 Zentner für Vögler ohne eigenen Haushalt.
3. Unentgeltliche Abgabe von Mittagessen pro Erwerbslosen und ununterhaltenden Angehörigen 1 Portion täglich durch die Stadtfläche. Das gleiche für Rentner.
4. 50 Prozent Mietbeihilfe für alle Erwerbslosen und Rentner. Gemitteltungen dürfen keine mehr vorgenommen werden.
5. 50 Prozent Lichtgeldbeihilfe für alle Erwerbslosen und Rentnerempfangler.

Zu diesen Anträgen ist auch der kommunistische Vertreter, der sagte die genossenschaftliche Rot der Erwerbslosen, 60 Prozent aller Kinder geben ohne Arbeitslohn zur Schule. Sie befragen weder warme Kleidung noch warme Schuhe. Er sagte, wo geparkt werden kann, die SPD wußte nichts zu sagen.

KÄMPFT MIT DER KPD! WÄHLT LISTE



15 Jahre Roter Oktober — eine wichtige Kundgebung für die Klasse 3

Am Sonnabend fand eine gutbesuchte Kundgebung in der Ausstellung statt. Bei Beginn der Kundgebung war der große Saal dicht gefüllt. Zur Zeit hörte man revolutionäre Musik ausgeführt durch die proletarische Musikvereinigung Dina. Mit großer Begeisterung wurden die Vorträge dieses Orchesters entgegengenommen. Besonders gut sprach die Oberbühnen an. Das proletarische Orchester hat durch seine Darbietungen sich wiederum die Sympathien der Dresdener Arbeiterchaft erworben. Außer den wichtigen Reitationen des Genossen Hartmann und den Darbietungen der roten Funken war das Referat des Genossen Oskar Müller, Berlin, der Mittelpunkt der gesamten Kundgebung. Klar und scharf umriß er die politische Situation und zeigte das Gegenbild des Niederganges der kapitalistischen Wirtschaft, den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion auf. Das größte aller Festspiele ist die Errichtung des Kraftwerkes Dniepropetrowsk. Dieses Werk zeigt am besten, was sozialistische Wirtschaft vermag. Während in den kapitalistischen Ländern, und vor allem in Deutschland immer mehr Betriebe geschlossen werden, immer mehr Arbeiter droffen werden, geht es im Lande der proletarischen Diktatur mit Millionenritten vorwärts. Er gebotete aber auch daran, die ihr Leben und ihr Blut für die Errichtung der proletarischen Diktatur hingegen haben. Er zeigte die heldenhaften Kämpfe der roten Armeen, gegen die imperialistischen und konterrevolutionären Armeen auf. Auch das deutsche Proletariat muß sich ragen bereit zu sammenzuschließen, denn es steht vor gewaltigen Aufgaben, die es gilt mit eiserner Disziplin und größter Opferbereitschaft durchzuführen. Mit einem Appell an alle, mitzukämpfen in den Reihen der roten Armee des Proletariats gegen Unterdrückung und Völkervereinigung, gegen Faschismus und Völkervereinigung schloß er sein Referat, das minutenlangen Partien

Beifall erhielt. Es wurde eine Resolution angenommen in der gegen die Sondergerichte protestiert wird. Propagandistische wirften in den Wandelgängen vor allem der kommunistische Jugendverband mit seinen Abteilungen, der Literaturgruppe und die rote Hilfe. Alles in allem zeigte auch diese Kundgebung, daß das Vertrauen zur kommunistischen Partei ständig im Wachsen begriffen ist und daß sich immer mehr um das Panzer der Führerin der proletarischen Revolution scharen zur Errichtung eines freien sozialistischen Deutschlands.

Sammlung zur Reichstags- und Kommunalwahl

- Quittung Nr. 5
- Stüber wurden quittiert: 1717 09 Mark, Stollberg i. G. 25.-; Auerswalde 15.-; Kusdorf 10.-; Hermdorf b. D. 10.-; Kadentz 10.-; Schönfelds b. Zw. 20.-; Kriebersdorf b. Stollb. 10.-; Hobbura 7.-; Ungutwitz 5.-; Hartmannsdorf, Ber. Zw. 10.-; Barthelshausen 2.-; Witzkau b. Zw. 25.-; Dresden 2 10.-; Reutlitz, Bl. 12.-; Chemnitz-Karlstedt 10.-; Werbau i. G. 20.-; Birna 15.-; Oelsnitz i. G. 2. Kreis 50.-; Erlau 10.-; Coswig 10.-; Ochtentanne 10.-; Rühlitz 7.-; Hohndorf, Ber. Chemn. 10.-; Etzdorf 5.-; Kleinobitzsch 8.32; Struppen 10.-; Langburterdorf b. Reutl. 2. Kreis 10.-; Graßwitz 25.-; Hartmannsdorf b. Rn. 15.-; Dautzig 12.-; Jagdberg 10.-; Markantwitz 60.-; Dohna 20.-; Ebersdorf b. Oberhau 30.-; Böhla 5.-; Kühnau b. 5.-; Gersdorf 4.-; Weitz, 3. Kreis 25.-; Dresden 7 18.-; Dresden 11 20.-; Dresden 7 20.-; Dresden 12 20.17; Dresden 8 15.-; Dautzig 19.44; Dautzig 12 11.02; Dautzig 14 6.81; Dautzig 4 9.00; Dautzig 1 32.44; Dautzig 11 77.25; Dautzig 16 14.40; Dautzig 15 72.-; Dautzig 18 44.-; Dautzig 7 64.-; Dautzig 16 28.00; Dautzig 6 19.20; Jauggen: 2 940.14 Mark.
- St. W. R. R.

Bei den städtischen Werken ist etwas in Unordnung

Der Antrag des kommunistischen Vertreters, die Bezahlung dieser Arbeiter — der Direktor Giera soll damit in Verbindung stehen — in öffentlicher Sitzung vorzunehmen, wurde von 200 und Bürgerlichen gemeinsam abgelehnt. Dann fand eine Sitzung des städtischen Arbeitsausschusses auf der Tagung des städtischen Arbeitsausschusses mit der Stadterordnetenversammlung den Jungarbeitern den einzigen möglichen Ausweg aus der Zwangsarbeit. Nur Streik gegen Lohnabbau kann zur Befreiung führen.

In Zusammenkünften zwischen Nazis und Deutschnationalen, bei denen der Herr Reichsleiter besam, kam es am Ende der Sitzung. Auch diese Sitzung hat den Vertretlichen gezeigt, daß nur die kommunistische Partei die rüchsigste Vertretlerin ihrer Interessen ist.

Schlimmworte statt Unterstützung in Rothenfurth bei Freiberg

Nette Zustände herrschen bei uns am Ort. Kommt ein einzelner Erwerbsloser und sucht beim Bürgermeister um Unterstützung nach, so muß er mit Schimpfwörtern und mit Tadel rechnen. Es gibt eine Reihe Erwerbsloser, die mit dieser Methode abgewimmelt wurden. Sie leben in großer Not.

Einige Wohlhabenderer, die sich nicht ganz abtun wollen, bekommen anstatt den ihnen zustehenden Lohn von 450 Mark nur 3 Mark pro Woche, obwohl der Gemeindevorstand sein Gehalt auf 1000 Mark hat.

Der hiesige Bürgermeister hat wegen launischer Willkür ein Diplom bekommen: das will ihm der letzte Parteimitglied wahrheitsgemäß nachsagen.

Besonders interessant ist, daß der Herr Bürgermeister — der Kallenhänger sein soll — dreifacher Teilhaber war. Er besitzt Stellmacherei, hatz Landwirtschaf und ist Bürgermeister. Das hat augenblicklich sein Sohn die Landwirtschaf seine Frau hat zu mehreren Arbeiterfrauen, welche ein paar Mark bei der Firma Schönbauer durch Anfertigen von Fahrtrabnen als Nebenberuf hatten, legt, er werde ihren Mann (den Bürgermeister) auffordern, daß den Arbeiterinnen die Unterhaltungskosten zu zahlen.

Der Bürgermeister, als dreifacher Teilhaber, kann auf die Anträge der Erwerbslosen abweisen, er wird bestimmt nicht helfen, was Not ist.

Fel den kommenden Wahlen werden ihm aber die Arbeiter die Quittung ausstellen und Kommunisten wählen.

Nazis sehen sich in Prellal

In Prellal wurde in der Nacht zum Dienstag kurz vor Mitternacht ein 66jähriger Rentner überfallen und beraubt. Der Rentner kam von Dresden und wollte nach seiner in der Oberen Dresden Straße gelegenen Wohnung. In der Schachtel waren plötzlich zwei Männer auf ihn zu und raubten ihm eine silberne braune Brieftasche mit 180 Mark heraus. Nach Ausbreitung der Tat gelang es beiden Tätern, zu entkommen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind in vollem Gange.

Der Meisterfotograf F. Carnow Stittau

Spezial am Mittwoch, dem 26. Oktober 1932 im Garten Baumgarten, Dresden-Stütz, Anfang 20 Uhr. Sonntag, den 27. Oktober 1932 im Garten Baumgarten der Rotherheime der roten Hilfe.

Unterstützung der proletarischen Arbeiterbewegung! Alle Mitglieder der roten Hilfe und mit ihr sympathisierende erscheinen am Sonnabend, dem 29. Okt., im „Kreuzgarten“ Kitzsch, zum sozialistischen Unterhaltungsabend, 8 Uhr abends. 2 Kapellen.

Weiße Zähne: Chlorodont

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Der Streikbruch der DVB-Bürokratie

Wie der Kampf der Neugersdorfer Textilarbeiter abgewürgt wurde

(Arbeiterkorrespondenz)

Der wochenlange einheitlich geführte Kampf der Neugersdorfer Textiler bei der Firma August Hoffmann ist durch einen gemeinen Schandstreik des DVB und der christlichen Verbände abgewürgt worden. Unternehmer, Polizei, Justiz, Verhaftungen, Beschlagnahme von Lebensmitteln für die Streikenden, vermochten nicht den heroischen Kampfwillen zu brechen. Das blieb der Gewerkschaftsbürokratie vorbehalten. Das einheitliche, geschlossene Kulturreich der Streikenden mußte um jeden Preis zerstückelt werden, um so den von den Unternehmern gewünschten „Wirtschaftsfrieden“ wieder herzustellen.

In den Streikversammlungen selbst fanden die Versuche der Feinde den eifrigen Widerstand der Belegschaft.

Trotzdem organisierte die Bürokratie hinter dem Rücken der Streikleitung, Versammlungen des organisierten Teiles der Belegschaft. Herbeigerufenes Reichsbanner mußte Sicherheitsdienste leisten damit man ohne jegliche „Störungen“ den Weg des Betrags organisieren konnte.

Die christliche Bürokratie hatte schon früher diese „Arbeit“ eingeleitet. Die Feinde hatten das Ziel, den Streikenden in den Rücken zu fallen. Vermittlungsaktionen der Amtshauptmannschaft waren ihnen willkommenes Gelegenheit, einen Teil der Streikenden vom wirklichen Ziel des Kampfes abzulenken.

„Eingekerkert“ der Firma in der bürgerlichen Presse, geschämte, an Verleumdungen knüpfende Flugblätter gegen die Kollegen der Streikleitung der RGO, von der DVB-Bürokratie und den christlichen Bossen gemeinsam unterzeichnet.

Soften das übrige dazu beitragen, die revolutionäre Kampfleitung vor den Augen der kämpfenden Herabzusetzen, mit der Absicht der Verwirrung in die Kampffront zu tragen. Unter dem Vorsitz des Amtshauptmannes Dr. von Burgdorf wurde am Freitag im Neugersdorfer Rathaus, ohne Streikleitung, zwischen Unternehmer und Verbändebürokratie folgendes Schandabkommen abgeschlossen, daß die Firma den Streikenden in folgender Bekanntmachung zur Kenntnis brachte:

„Die am gestrigen Freitag geführten Verhandlungen haben ergeben, daß der Vermittlungsvorschlag des Herrn Amtshauptmanns von uns und von den Gewerkschaften angenommen wurde.“

Danach hat am kommenden Montag die Stammbesetzung mit ca. 220 Arbeitnehmern und die bereits ca. 120 Entlassenen, zusammen also ca. 340 Arbeiter, an ihren bisherigen Arbeitsplätzen bei 40stündiger Wochenarbeitszeit die Arbeit aufzunehmen.

Die Lohnkürzung wird auch bei uns in gleicher Höhe wie in den großen Nachbarbetrieben, also mit 4 1/2 Prozent für Akkordarbeiter und 5 Prozent für Zeitlohnarbeiter durchgeführt. Beispiel: Akkordverdienst - Zweistuhlweber wöchentlich - ohne Abzug in 40 Stunden 20,00 Mark, davon 4 1/2 Prozent Abzug, also 0,90 Mark, verbleiben: 19,10 Mark.

Derjenige, der am Montag, dem 24. 10. 1932, seine Arbeit nicht aufgenommen hat, hat sich, weil er die Arbeit beharrlich verweigert, als fristlos entlassen zu betrachten.

Neugersdorf, i. Sa., am 22. Okt. 1932.

August Hoffmann, AG

In einer vom DVB einberufenen Belegschaftsversammlung, welche von „rechtl.“ 40 Arbeitern besucht war, wurde von der Bürokratie dieser Vorstoß als Erfolg bezeichnet.

Mit einer widerlichen Schimpfanrede gegen die RGO und die Streikleitung wurde er zur unbedingten Annahme empfohlen. Trotzdem der anwesende Teil der Belegschaft eine erhebliche Widertheit war, führte die Bürokratie eine Abstimmung durch. So wurde von den „Arbeitervertretern“ der Kampf abgemürt.

Diese Abspaltung eines Teiles der Belegschaft von dem übrigen größeren Teil mußte naturgemäß die Kampfkraft mindern. Preisserklärungen sowie per Post an jedes Belegschaftsmitglied zugestellte Arbeitsaufforderung trugen das nötige zur Verwirrung bei.

In der am Sonntagvormittag von der Streikleitung einberufenen Streikversammlung nahm die Belegschaft zu dem Verrat der Bürokratie gebührende Stellung. Der Vorsitz Richter vom DVB versuchte, den an den kämpfenden Textileren gestützten Verrat mit „Erläuterungen“ der Papenischen Katoerordnung zu umhelfen.

Minutenlanges häßlicher Widerstand der Streikenden jagte von der gewaltigen Empörung der Belegschaft.

Nach Meinung Richters könnte man die Durchführung der Katoerordnung nicht verhindern. Man mußte lediglich versuchen, „vorhandene Klappen zu umschiffen“. Er vertieg sich zu der lächerlichen Behauptung, die Streikleitung habe die 120 befristet eingestellten Arbeiter fallen lassen wollen.

Diese bodenlose Verleumdung führte zum fruchtlosen Tumult.

Zugeben mußte er, daß er dem Unternehmer nach Abschluß des Schandvertrages, das Versprechen abgab, sich für Arbeitsaufnahme zu den abgeschlossenen Bedingungen bei der Belegschaft einzusehen. Das gelang in reichlichem Maße. Das erforderliche

Zugmittel fand er darin, ganz im Sinne des Unternehmers, anzudeuten, daß bei einem etwaigen Fortsetzen des Kampfes „der Unternehmer bis März nächsten Jahres den Betrieb stilllegt.“ Das war das Stichwort der Bürokratie. Im Gegenzug zur Streikleitung verlangte die DVB-Bürokratie Urabstimmung. Stimmzettel wurden wahllos verteilt und es bestand keine Kontrolle über die Zahl der abzustimmenden Belegschaftsmitglieder. Das Ergebnis war: 96 für Fortsetzung des Kampfes - 102 für Arbeitsaufnahme. Der übrige Teil der Belegschaft war der Versammlung ferngeblieben. In voller Erkenntnis der Sachlage und bei der Überprüfung der festgestellten Schwächen und Mängel galt es geschlossen die Arbeitsaufnahme durchzuführen.

Am Montag früh vor Arbeitsbeginn, versammelte sich die Belegschaft vor dem Streiklokal. Geschlossen und einheitlich, mit unserem Kampfwillen marschierte man demonstrativ durch die Neugersdorfer Straßen zum Betrieb. Vorbei am Neugersdorfer Rathaus, wo die Verbändebürokratie als Herrscher am Krankenbett des Kapitalismus mit dem Unternehmer den Verrat organisierte. Vor dem Haupttor sprach nochmals ein RGO-Belegschaftsmitglied. In zündenden Worten umhüllte er den Verlauf dieses Kampfes mit der Aufforderung den Betrieb zu einer roten Burg auszubauen.

Die Streikfront in Gachsen

Eine weitere Textilbelegschaft im Streik

Die Spulereien des Betriebes Halpert u. Co., Hohentheil, sind in den Streik getreten. Die Firma versuchte den Arbeiterinnen die Überblöhe um 24 Prozent zu kürzen.

Die Spulerei trat daraufhin zu einer Versammlung zusammen, in der zu dieser Provokation des Unternehmers Stellung genommen wurde. In dieser Versammlung sprachen sich alle Arbeiterinnen erregt gegen den Lohnabbau aus und forderten den Kampf. Der Streikbeschluss wurde einstimmig gefaßt. Der Streik wird auch in voller Geschlossenheit durchgeführt.

Kampfbeschluß einer Glauchauer Textilbelegschaft

Im Textilbetrieb Fluße in Glauchau, in dem gegenwärtig 300 Arbeiter, meist Frauen und Jugendliche beschäftigt sind, wurde mit 24 gegen 10 Stimmen beschloffen, in den Streik gegen einen Rotarbeiterslohnabbau zu treten.

Bauarbeiterstreik in Delsnik i. G.

Die Gewerkschaft Deutschland in Delsnik i. G., Betriebsabteilung „Deutschland“, sind die Belegschaften der Bauunternehmer Pöhl, Delsnik, und Pöhl, Glauchau, wegen Lohnabbaumaßnahmen auf Grund der Katoerordnung in den Streik getreten.

Es wurde ein Kampfbeschluß gefaßt, der sofort mit dem Vertreter der RGO die Verbindung aufnahm, sowie mit dem

Oeffentliche RGO-Versammlung in Pirna

am Freitag, dem 20. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus, Rathaus Stadtrat Gruner Dresden. Thema: „Die Freien Gewerkschaften und die RGO zur Reichstagswahl“
Freigewerkschafter, Arbeiter und Arbeiterinnen, heraus in Massen! Unkostenbeitrag 10 Pfennig.
RGO, Ortskomitee Pirna

Die Unterfügungsaktion bei Fum & Co

Bericht des Solidaritätsausschusses der ZNS
142 Personen der kämpfenden Belegschaft nahmen unsere Unterfügung in Kaiserbach, außerdem wurden 48 Kinder und 88 Angehörige der kämpfenden Kollegen und Kolleginnen mit Lebensmitteln versehen. Insgesamt wurden 271 Personen unterstützt.

Au diese 271 Personen wurde an Lebensmitteln gegeben: 271 Brote a 4 Pfund, 68 Pfund Fett, 18 Pfund Reis, 2 Pfund Nudeln, 2 Pfund Margarine, 18 Pfund Suppen, 3 Würstchen, 5 Schokolade Zigaretten a 8 Stück, 64 1/2 Pfund Butter, 12 1/2 Pfund Wurst, 7 Pfund Mehl, 1 Pfund Nüsse, 1 Pfund Kornseife, 2 Packete Seifen, 8 Stück Seife.

Sammelt wurden bisher: Von Herrn Geld 197 Mark, 18 Pfund Reis, 1 Pfund Nudeln, 1 Pfund Nüsse, 18 Pfund Suppen, 3 Würstchen, 5 Schokolade Zigaretten, 12 Brote, 5 Pfund Mehl, 2 Pfund Margarine, 1 Pfund Kornseife, 2 Packete Seifen, 8 Stück Seife, 11 Pfund Wurst, 10 Gemmein.

Berührt die Unterfügungsaktion für die anderen kämpfenden Belegschaften, um es ihnen zu ermöglichen, ihren Kampf bis zum Sieg fortzusetzen.

Mitgliederberlamung im Dulab

In der am 21. 10. stattgefundenen Mitgliederberlamung teilte Grothe mit, daß nunmehr ein Erwerbslohnabbau gebildet ist, in welchem drei Verbandsmitglieder und drei erwerbslose Mitglieder vertreten sind. Man solle nicht logen, er würden nichts tun, um den Erwerblosen zu helfen, sondern eine Freitisch- und Weihnachtsammlung wären bereits eingeleitet.

Anschließend sprach Gramann von der Hauptverwaltung über den „freiwilligen“ Arbeitsdienst. Seine Ausführungen gipfelten darin, „auch die Gewerkschaften müßten den RSD unterstützen, um den Jugendlichen zu helfen, in ihrer langen Erwerbslosigkeit sich behilfen zu können.“

Trotzdem war, daß die Mitgliederberlamung außerordentlich lebhaft verlief. Das ist ein Zeichen dafür, wie ungeheuer groß die Unzufriedenheit der Mitglieder über den jetzigen Kurs im Dulab ist. Trotzdem müssen alle oppositionellen Kollegen erkennen, daß es notwendig ist, die Mitgliederberlamungen zu beenden, um alle Kollegen von der verdrängten Politik der Gewerkschaftsbürokratie zu überzeugen und daß nur die Opposition den Kollegen den richtigen Weg zeigt.

Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen

Das Reichsbahn-Ausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt soll stillgelegt werden. So sieht die „Zukunftsbildung“ in Wirklichkeit aus

In dem Reichsbahn-Ausbesserungswerk in Dresden-Friedrichstadt sollen neue Masseneinstellungen durchgeführt und die Belegschaftsgröße um 300 Arbeiter herabgesetzt werden. Ein Teil dieser Kollegen wird nach anderen Orten versetzt, zum Teil sogar nach ausländischen Orten. Die noch verbleibenden Kollegen für Ausbesserungen von Fahrzeugen werden ebenfalls anderen Werken übertragen. Das Ausbesserungswerk soll dann später als Betriebsabteilung fortgeführt werden. Die Belegschaftsgröße wird dann vorläufig auf 350 herabgesetzt sein, während früher einmal circa 1500 Arbeiter darin beschäftigt wurden.

Diese Anordnungen sind als Nationalisierungsmaßnahmen geplant. Die gesamten Ausbesserungsarbeiten sollen künftig in wenigen großen Werken durchgeführt werden. Die Verlegung der zum großen Teil schon älteren Arbeiter von Dresden nach anderen Orten scheint schon an der Frage der Wohnung. Mit dieser unüberwindlichen Regelung sollen die bedürftigsten Nationalisierungen nur verschleiert werden.

Die Gewerkschaftsführer appellieren an die tschechische Regierung, daß sie den Schutz der tschechischen Arbeiter gegen die Reichsbahnverwaltung wahrnehmen und verhindern soll, daß den tschechischen Werken Aufträge entzogen werden. Von der Reichsbahndirektion erhoffen sie, daß diese den zu verbleibenden Arbeitern bei der Wohnungshilfe hilft.

Die Belegschaft des Ausbesserungswerkes muß demgegenüber erkennen, daß nur im einheitlichen und geschlossenen Kampf die neuen Massenentlassungen verhindert werden können. Der Kampf

muß gegen die Schließung des Werkes Friedrichstadt geführt werden. Dafür gilt es die gesamten Eisenbahnarbeiter zu mobilisieren!

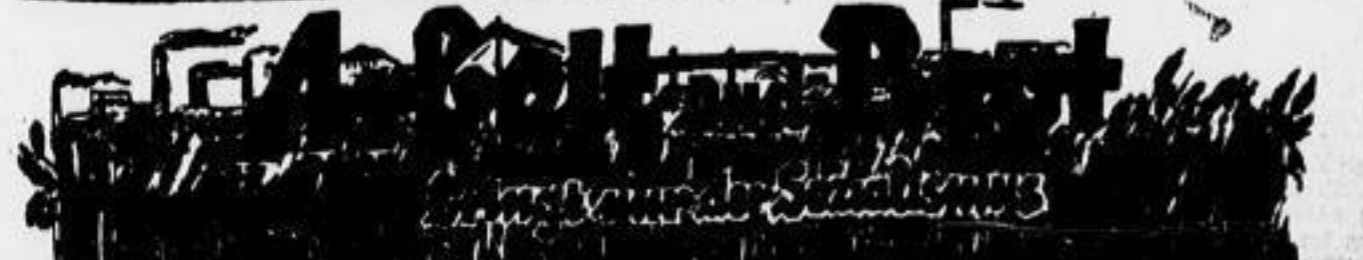
Die lithographische Werkstatt und Hauptpapierfabrik Grotzschke bei dem gesamten Belegschaft des Betriebsbüroklente gestäubigt. Den Angehörigen war schon zu einem früheren Termin gestäubigt worden. 270 Arbeiter und Angehörige sollen auf das Straßenspielfeld fliegen.

600 Sortarbeiter vor der Entlassung

In den Sortwerken in Zwickau, wo bekanntlich der tschechischen Arbeiter eingeschlossen sind, sind eine Betriebsberlamung statt, in der der Betriebsberamungsleiter bekanntgab, daß in den Sortwerken in Zwickau in nächster Zeit 600 Arbeiter entlassen werden sollen. Diese Mitteilung wurde von der Belegschaft mit großer Erregung aufgenommen. Der Betriebsberamungsleiter gab nach bekannt, daß der DVB auf dem Wege der Verhandlung versuchen würde, die Arbeiter der Katoerordnung „abzumilchen“. In der Berlamung sprach ein Vertreter der Opposition, der darauf hinwies, daß auf dem Wege der Verhandlungen ein Erfolg ausgeschlossen ist, und daß nur der tschechische außerparlamentarische Kampf den Sieg garantiert.

Die Mitteilung von den Massenentlassungen in der Katoer-Union bestätigt das, was die Kommunisten bereits bei der Schaffung des Katoertrikes in Sachsen immer wieder feststellten - nämlich, daß mit der Gründung der Katoerunion ein weiterer Nationalisierungsstadium und damit neue Massenentlassungen in den Katoerbetrieben einleiten würden. Vor der Katoer-Union versuchen die Parteien von der SPD bis zu den Nazis ihre Konzeptionspolitik mit dem Arbeitsbeschäftigungsgesetz zu verteidigen, ganz wie heute bei der Papenauer-Verordnung.

Die Massenentlassungen beweisen, wie die Wirtschaft „ausgebeutet“ wird, h. h. wie Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen. Das Würgen von den „Arbeitsbeschäftigungsgesetz“ ist das Indizium, das den Arbeiter zum Schutz vor die Katoer-Union zwingt. Damit ist den tschechischen Arbeiter die Katoer-Union gegen die Nationalisierungen und Massenentlassungen, außerparlamentarischer Massenkampf für die Arbeitsbeschäftigungsgesetzleistungen der RGO, ist der einzige Ausweg der Arbeiter gegen Massen.



Reiht euch ein in die EINHEITSFRONT-AKTION
Jeder sammelt - wirbt - gibt für den Kampffonds der KPD

RUND UM DEN ERDBALL

Im „sozialistischen“ Wien

Momentaufnahmen einer sterbenden Stadt — Faschistischer Terror in dem von der Sozialdemokratie beherrschten Wien

Ich höre jahrelang davon, was es in sozialdemokratischen Zeitungen, daß in Wien auf demokratischem Weg der Sozialismus aufgebaut, ja, daß dort unter sozialdemokratischer Verwaltung der Sozialismus bereits fast verwirklicht sei. Durch einen Zufall hatte ich Gelegenheit, in den letzten Tagen Wien zu besuchen und einige Eindrücke zu gewinnen.

Vom Bahnhof gelangte ich mit der Straßenbahn gleich ins Zentrum der Stadt, auf die sogenannte Ringstraße. Und hier bietet Wien in der Tat einen entsetzlichen Anblick. Wundervolle Bauten, schongepflanzte, geschmückte Straßen, kurz, der Eindruck von Wohlstand und Wohlergehen. Wahrheit, dachte ich, es scheint in der Tat hier mit dem Sozialismus etwas los zu sein.

Plötzlich bemerke ich eine Kundendemonstration sich durch die Straßen bewegen. Fackeln, Musik, Fahnen und Transparente. Was denn das für eine Kundendemonstration? Nach dem ich die Frage erhebe, kam der Zug näher und ich brauchte nicht erst auf Antwort zu warten. Es war hier so eine Art Gemisch von Arbeiterprotesten und Fackelmärschen. Die Transparente und Fahnen schienen den Faschisten entgegen zu sein. Ein Wächmann gab mir folgendes zur Antwort: „In Wien ist ein neuer Erdbehauf erkannt worden. Dieser Fackelmarsch, an dem die Regierung und die Spitzen der Behörden teilnehmen, findet zu Ehren des neuen Erdbaus statt.“

Ich verließ die Hauptstraße und bog in eine der Seitenstraßen ein. Da ich in den letzten Tagen von Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Nazis im Stadtviertel Simmering gehört hatte, lenkte ich meine Schritte dahin. Im Nu ändert sich hier das Bild. Es ist, als befände man sich in einer andern Stadt. Poltripe Straßen, alte, öde Häuser, Mietskasernen im schlimmsten Sinne des Wortes, die in jeder Hinsicht den Eindruck von Verfall und Verfall erwecken.

Auffallend viel Polizisten auf den Straßen. Kaum, daß ich für einen Moment vor einem Hause stehen geblieben bin, werde ich in nicht gerade höflicher Weise von dem Wächmann zum Weitergehen aufgefordert. „Warum denn?“ — „Hier ist nichts zu fragen, schauen Sie, daß Sie weiterkommen!“ Ich sah diese Wächler in brutalster Weise gegen Arbeiter vorgehen, während Nazis, die in SA-Uniformen da herumspazierten, von den Wächlern gegünstigt und in jeder Hinsicht protegert wurden.

Ich kam zum Haus des sozialdemokratischen Arbeiterheims, an dem sich vor kurzem die Kämpfe zwischen Nazis und Arbeitern abgepielt haben. Schon äußerlich bietet dieses Haus ein Bild vandalischer Verwüstung. Die Fenster sind zertrümmert, die Türen aufgebrochen. Einen Blick ins Haus konnte ich nicht machen, weil alle Zugänge von der Polizei besetzt gehalten werden.

In einem Seitengäßchen dieser langen öden Straße, der Simmeringer Hauptstraße, fanden Arbeitergruppen und diskutierten vor einem Haus. Kaum, daß ich ein Wächmann zeigte, zogen sie sich ins Innere des Hauses zurück. Ich kam bald mit einer solchen diskutierenden Gruppe ins Gespräch. Unter den Arbeitern herrscht ungeheure Erbitterung und Empörung.

„Welt haben wir es gebracht“, sagte mir ein Arbeiter. „20 Jahre bin ich in der sozialdemokratischen Partei organisiert, aber das es in Wien soweit kommen würde, hätte ich nie gedacht. Jetzt haben wir den Heimwehrführer Henz zum Vizepräsidenten erhalten. Wir Arbeiter sind in dieser Stadt vollständig rechtlos. Seit einer Woche finden hier allabendlich Hausdurchsuchungen statt. Mehr als 50 der aktiven Mitglieder des Schutzbundes wurden verhaftet, nur, weil sie sich gegen den Terror der Nazis gewehrt hatten. Unter dem Schutz der Polizei propagieren die Nazis hier täglich in frecher Weise.“

„Habt ihr denn nicht in Wien einen sozialdemokratischen Landesoberhauptmann und Bürgermeister?“

„Towohl, den haben wir. Aber wir sind hier ebenso rechtlos wie zur Zeit des Kaisers, vielleicht noch rechtloser. Uns werden

Frau Hanan — die größte Schwindlerin hat wieder Bewegungsfreiheit

Paris, 25. Oktober. Frau Hanan, die frühere Präsidentin der „Gazette du Franc“ und jetzige Leiterin der Finanzzeitschrift „Aurore“, die sich seit Monaten wegen Behinderung in Untersuchungshaft befand, ist am Montag in Anbetracht ihres Gesundheitszustandes vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Frau Hanan befand sich schon seit Wochen in einer Klinik. Sie hatte bei einem Kraftwagenunfall eine schwere Beinverletzung davongetragen. Der Prozess, der ursprünglich vor zwei Wochen stattfinden sollte, mußte im Zusammenhang damit verschoben werden.

Zusammenstoß zwischen Benzin-Lastwagen und Güterzug

Der Chauffeur getötet

Paris, 25. Oktober. In Argenteuil stieß am Montagabend ein Lastkraftwagen, der Benzin geladen hatte, mit einem Güterzug zusammen. Eine furchtbare Explosion war die Folge. Das brennende Benzin ergoß sich nicht nur auf die Eisenbahnwagen, sondern auch auf zwei in der Nähe liegende Wohnhäuser. Als die Feuerwehr eintraf, fanden die beiden Häuser, sowie mehrere Wagen des Güterzuges in hellen Flammen. Nur mit Mühe konnte ein weiteres Umfängeln des Brandes verhindert werden. Das eine der beiden Häuser, in dem sich ein großes Kaufhaus befand, brannte bis auf die Grundmauern nieder. Aus den Trümmern des bis auf die Eisenbahnteile völlig verbrannten Lastkraftwagens wurde die Leiche des Führers geborgen, der sich nicht mehr rettungslos in Sicherheit hatte bringen können.

Aufmärsche und Demonstrationen verboten, während die Nationalen Fackelmärsche und Demonstrationen veranstaltet und die Nazis unter dem Schutz der Polizei ausmarschieren können. Jahrelang hat man uns erzählt, daß wir hier in Wien den leidhaftigen Sozialismus haben. Wissen Sie, was ein Pfund hier wert ist? Wissen Sie, daß bei uns Arbeiter im Durchschnitt 120 bis 140 Schilling (60 bis 70 Mark) monatlich verdienen? Daß es in Wien mehr als 100.000 ausgebeutete Arbeiter gibt, die buchstäblich verhungern, daß bei uns Unterernährung und Seuchen in einem solchen Maße herrschen wie vielleicht in keiner Stadt

der Welt? Wollen Sie sich mal ansehen, wie wir hier wohnen, wie wir hier leben? Betreten Sie jedes Haus hier und überall werden Sie das gleiche sehen.“

Ich folgte dem Sprecher in seine Wohnung, drei Arbeiter begleiteten uns. Die Wohnung besteht aus einer kleinen Küche und einem Zimmer mit den Fenstern auf den Hof. In der Wohnung hockten eine Frau und fünf Kinder. Aus jedem Winkel hier gauden Armut und Not hervor.

„Sehen Sie“, sagte er, „90 Prozent aller Arbeiterwohnungen leben so aus. Man erzählt uns, daß wir in Wien billiger wohnen als in der ganzen Welt. Nennen Sie das ein Wohnen? Oder sind es und keine Wohnungen? Aber das schlimmste von allem: es wächst die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag. Die Unterernährung, die man erhält, ist fürs Leben zu wenig und fürs Sterben zu viel. Außerdem werden täglich immer mehr ausgebeutet und erhalten überhaupt keine Unterstützung. Unsere Stadt lebt allmählich ab. So sieht es bei uns im „sozialistischen“ Wien aus.“

Das war der erste Eindruck, den ich vom sozialistischen Wien bekommen habe.

Kulturhalschewismus

Liquidierung des Analphabetismus — Aufstieg der Produktion

Die wichtige Entfaltung des sozialistischen Neuaufbaus in der ganzen Sowjetunion und die breite Durchführung der leninistischen Nationalitätenpolitik gestalten den früher rückständigen Gebieten eine entscheidende Entfaltung der Wirtschaft und der Kultur dieser Länder. So berichtet der Rapport des Politbüros des Zentralkomitees der Partei und der Leiter der Parteiorganisation der Tatarenrepublik an die Genossen Stalin und Molotow über den erfolgreichen Abschluß der Getreideaufbringungsaktion in der Tatarenrepublik. Zum 22. Oktober war die Getreideaufbringung hundertprozentig erfüllt. Die Maschinen- und Traktorenstationen hatten den Plan bereits am 13. Oktober erfüllt. Die Herbstarbeiten sind überfällig, ebenso die Silobereitung des Viehfutters.

Aus Anlaß der Erfüllung des Getreideaufbringungsplans der Tatarenrepublik widmet die „Pravda“ der Republik zahlreiche Berichte tatarischer Kollektivwirtschaftler und veröffentlicht einen Offenen Brief des Kollektivpartells der Tatarenrepublik, „A. Rai“, das fern von Eisenbahnen gelegen, in der Sowjetunion bisher wenig Aufmerksamkeit erweist hat. In dem Brief werden die erfolgreichsten Erntearbeiten, die gute Arbeitsorganisation und die Vermeidung von Kornverlusten festgestellt und es wird weiter vermerkt, daß infolge der Unterstützung durch die kommunistische Organisation die Einnahmen des Kollektivpartells auf das Dreifache gestiegen sind. Die Kollektivwirtschaftler berichten über die Produktion und fordern die anderen Kollektivgüter auf, ihrem Beispiel zu folgen.

Weitere Berichte stellen neben der Entfaltung der Land-

wirtschaft der Tatarenrepublik, in der die Saatfläche im Jahre 1932 um 131,4 Prozent gegenüber jener von 1928 gestiegen ist, fest, daß auch der kulturelle Aufbau und die sozialistische Industrie stark angewachsen sind. Die Produktionsleistungen betragen im Jahre 1928 79 Millionen Rubel, im Jahr 1931 230 Millionen Rubel und im Jahr 1932 370 Millionen Rubel.

Das Analphabetentum ist durch die Neueinführung des latinisierten Alphabets von 85 auf 6 Prozent gesunken worden. Die Anzahl der tatarischen Volksschulen ist von 35 vor der Revolution auf gegenwärtig 1730 gestiegen, die Anzahl der Volksschüler von 3 mit nur 10 tatarischen Schülern auf 20 mit etwa 3000 tatarischen Schülern. Der Anteil der Tataren am Proletariat ist auf 48 Prozent gestiegen. 60 Prozent der Saatfläche, die von Maschinen- und Traktorenstationen bearbeitet wird, entfällt auf tatarische Kollektivgüter. 67 Prozent der tatarischen Landwirtschaftsbetriebe sind kollektivisiert. Auch die leitenden Organe der Tatarenrepublik sind zu mehr als die Hälfte von Tataren besetzt. Der kulturelle Aufstieg zeigt sich auch im Ansehen der periodischen Presse: während im Jahre 1930 in tatarischer Sprache nur 37 Zeitungen und Wochenblätter erschienen, waren es 1932 bereits 114.

Die Parteiorganisation ist gleichfalls andauernd angewachsen. Während in den Jahren 1922 bis 1929 nur 4500 neue Parteimitglieder zu den alten hinzugekommen waren, ist ihre Anzahl seit 1929 um mehr als 9000 angewachsen. Dabei ist der Prozentsatz der Tataren von 26 auf 40 gestiegen.

Das Blitzlicht

Die Säuglinge für Hitler

Wen führt Hitler? Daß unter den Massen, die Hitler nachgelauten sind, sich eine Ernüchterung breitmacht, daß viele seiner Anhänger bereits keine wahre Frage zu erkennen beginnen, das ist heute den Nazisführern klar. In den letzten Tagen nun hat der „Völkische Beobachter“, ein doch etwas Stimmung herbeijubingen, wieder auszutrompeln begonnen. Im „Völkischen Beobachter“ vom 25. Oktober findet man auf der ersten Seite des ersten Beiblattes ein Bild mit der Unterschrift: „Sie warten stundenlang, um den Führer zu sehen.“

Wer sind die, die stundenlang warten, um den Führer zu sehen? Wer ist so begeistert? Ein Bild auf das Bild gibt die Antwort. Neben einigen SA in Uniform sind es Säuglinge und einige, die bereits selbst auf den ... nu, man weiß ja ... machen können.

Kurz, die Säuglinge für Hitler.

Der Wundertäter

„Haben Sie schon gelesen? In einem Saal, aber besser gelangt in einem Zeit, das ungefähr 20 000 Personen saß, hat Hitler vor Hunderttausend gesprochen.“

„Aber wie ist das möglich?“

„Wensch, ich habe es doch selbst im „Völkischen Beobachter“ gelesen.“

„Aber wie ist es doch möglich?“

„Kun, du weißt doch, unser Führer arbeitet nur mit Hilfe der Vorführung. Kurz, frage nicht so dämlich; wenn im „Völkischen Beobachter“ steht, sind es Hunderttausend, auch wenn der Saal nur tausend fassen sollte. Auf Küssen kommt es bei uns nicht an; von denen haben wir unter den Führern mehr als genug.“

Abgekurbelt

Wie hat die Anfurderung eigentlich begonnen? Nun, es ist ja noch in aller Erinnerung. Begonnen hat die Anfurderung eigentlich mit dem Zwiesel. Der Zwiesel war gewissermaßen der Faktor, der den Stein ins Rollen brachte. Und es kurbelte in ganz Deutschland.

Plötzlich aber kam das Unerwartete: der Zwiesel ist kein Zwiesel mehr. Das heißt: wer will, kann natürlich einen Zwiesel tragen, aber nicht auf Grund der Kotverordnung. Diejenigen, die eifrig sich bereits Zwiesel angeschafft haben, haben jetzt die Möglichkeit, dieselben am Rücken, auf dem Kopf oder sogar auf dem Winterrod zu tragen. Aber wie gesagt, verpflichtet sind Sie dazu nicht. Da taucht die uns alle bewegende Frage auf: Wenn der Zwiesel die eigentliche Anfurderung war, bedeutet die Aufhebung des Zwieselgesetzes nicht eine Abturbelung? In der Tat scheint es so, daß wir von der Anfurderung plötzlich und für in das Bereich der Abturbelung gerater sind.

Schwerer Eisenbahnunfall auf der Strecke Hirschberg—Görlitz

Vier Personen verletzt

Hirschberg, 25. Oktober. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich am Montagabend auf der Strecke Hirschberg—Görlitz vor der Station Reibnitz. Ein von der Station Hirschberg abgegangener Güterzug stieß vor der Station Reibnitz aufeinander. Während die Maschine mit einem Teil des Zuges nach der Station fuhr, blieb der andere Teil des Zuges auf der Strecke in einem steilen Einschnitt stehen. Der von Hirschberg um 18.20 Uhr abgehende Personenzug fuhr auf diesen Teil des Güterzuges auf. Die Maschine des Personenzuges und mehrere Wagen des Güterzuges entgleisten. Vier Reisende wurden verletzt. Mehrere Herde und die Sanitätskolonne von Hirschberg wurden nach der Unfallstelle beordert und leisteten die erste Hilfe. Die Verletzten wurden nach Hirschberg in ein Krankenhaus gebracht. Der Materialschaden ist sehr groß. Der Verkehr wird durch Umstellen aufrechterhalten, doch erleiden die Züge bis zu zwei Stunden Verspätung.

Diese fortwährenden Eisenbahnunfälle sind eine notwendige Folge der kapitalistischen Nationalisierungsmethoden und erfordern immer mehr Opfer.

Bürgerführer ermordet Geldbriefträger

— und findet milde Richter

Düsseldorf, 25. Oktober. Das Düsseldorfer Sondergericht verurteilte am Montag nach etwa zwölfstündiger Verhandlung den 18-jährigen Verführungsgeliebten Peter Schildmeyer wegen schweren Raubes in Tateinheit mit verächtlichem Totschlag zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Schildmeyer, ein Sohn achtbarer Eltern, der das Gymnasium bis zur Obersekundarstufe besucht hat, hatte am 9. September dieses Jahres einen Geldbriefträger niedergeschlagen und um 1150 Mark betäubt. Der Überfallene, dem die Schärferde handsüchtig genug etwa zwei Zentimeter eingebrückt worden war, befindet sich noch im Krankenhaus. Das Gericht hat nicht, wie die Anklage behauptet, Mordversuch angenommen, da es nicht für ausgeschlossen hielt, daß bei dem Angeklagten, bedingt durch seine Jugend und seine geistige Reife, eine gewisse Schwermüdigkeit bestand und seine geistige Reife wertlos und als phantastisch-hysterischer Wahnzustand — eine besondere Erregung bestanden hat, die bei ihm im Augenblick der Tat die Abmilderung der für oder wider die Tat sprechenden Umstände ausgeschlossen habe. Der Staatsanwalt hatte sechs Jahre Zuchthaus beantragt.